

SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Landeshauptstadt Hannover

02.11.2022

In den

- Gleichstellungsausschuss
- Sozialausschuss
- Verwaltungsausschuss

Haushaltsplan 2023/2024 - Ergebnishaushalt
Änderungsantrag gemäß § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover zur DS 2027/2022

Teilhaushalt: 56 – Gesellschaftliche Teilhabe
Produkt: 31543 – Unterbringung von Wohnungslosen
und
Teilhaushalt: 61 – Planen und Stadtentwicklung
Produkt: 52201 - Sicherung der Wohnraumversorgung

Unterstützung nach dem Frauenhausaufenthalt und für obdachlose Frauen

zu beschließen:

Für die gezielte Akquise von Wohnungen für Frauen und Kinder aus Frauenhäusern und Obdachlosenunterkünften wird eine Personalstelle (E 09b) in der Verwaltung, jeweils zur Hälfte in den Fachbereichen 56 und 61, eingerichtet. Es sind Kooperationen mit der privaten Wohnungswirtschaft und ggf. der Region Hannover anzustreben.

Dementsprechend:

Im **Haushaltsjahr 2023** folgende Ansatzveränderung im **Produkt 31543 – Unterbringung von Wohnungslosen** vorzunehmen:

Der Aufwand in Höhe von	4.475.000	Euro	
wird um	22.500	Euro	
auf insgesamt	4.497.500	Euro	erhöht.

Im **Haushaltsjahr 2024** folgende Ansatzveränderung im **Produkt 31543 – Unterbringung von Wohnungslosen** vorzunehmen:

Der Aufwand in Höhe von	4.607.000	Euro	
wird um	45.000	Euro	
auf insgesamt	4.652.000	Euro	erhöht.

Im **Haushaltsjahr 2023** folgende Ansatzveränderung im **Produkt 31543 – Sicherung der Wohnraumversorgung** vorzunehmen:

Der Aufwand in Höhe von	25.978.000	Euro	
wird um	22.500	Euro	
auf insgesamt	26.000.500	Euro	erhöht.

Im **Haushaltsjahr 2024** folgende Ansatzveränderung im **Produkt 31543 – Sicherung der Wohnraumversorgung** vorzunehmen:

Der Aufwand in Höhe von	26.906.000	Euro	
wird um	45.000	Euro	
auf insgesamt	26.951.000	Euro	erhöht.

Begründung:

Seit Jahren weisen Statistiken der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe darauf hin, dass die Anzahl von wohnungslosen Familien und (alleinerziehenden) Frauen mit Kindern stetig steigt, wobei das reale Ausmaß aufgrund der „verdeckten Wohnungslosigkeit“ (vermehrte Unterkunft bei Bekannten/Freund*innen, geringe Sichtbarkeit auf der Straße) dieser Zielgruppe bis heute in der Regel immer noch systematisch unterschätzt wird. Hinzu kommt, dass oft Frauen (mit Kindern) in Frauenhäusern unterkommen und Schwierigkeiten haben anschließend eine Wohnung zu finden. So werden Frauenhausplätze von Frauen belegt, die längst wieder in eigenen Wohnungen leben könnten. Das Konzept und die o.g. Maßnahmen sollen sicherstellen, dass die dringend benötigten Plätze im Frauenhaus schneller frei werden, um diese an andere Frauen in Not zu vergeben. Um Frauen dabei zu unterstützen, soll jeweils eine halbe Personalstelle (E 09b) in den Fachbereichen 56 und 61 eingerichtet werden.

In Anlehnung an eine ähnliche Initiative, die erfolgreich in der Region Hannover initiiert wurde (Drs. 1834 (IV) und 1846 (IV) aus 2018), soll auch der Schulterschluss zur privaten Wohnungswirtschaft bei der Akquise von Wohnraum gesucht werden. Die Erfahrungen und Expertisen des Runden Tisches gegen Wohnungslosigkeiten und der Frauenhäuser sollen in die Überlegungen mit einfließen.

Lars Kelich
Fraktionsvorsitzender

Dr. Elisabeth Clausen-Muradian/Dr. Daniel Gardemin
Fraktionsvorsitzende/r